

TLZ 10.11.10

Große Sorgen an Waldorfschulen

Appell an Matschie: Keine Kürzungen

Erfurt. (mar) Die von der Landesregierung geplanten Einschnitte bei der Förderung freier Schulen löst an den Waldorfschulen in Thüringen große Sorgen aus. Eine Steigerung des Elternbeitrages um 20 Prozent steht möglicherweise ins Haus, befürchten die Eltern der Weimarer Waldorfschule in einem offenen Brief an Thüringens Bildungsminister Christoph Matschie (SPD). Die Eltern hoffen noch immer, dass sie ihre Sorgen dem Minister selbst vortragen können. Bisher ist ein Termin allerdings nicht zustande gekommen.

Der Grund für die befürchteten Steigerungen: Alle Wal-

dorfschulen entstehen auf Grund von Elterninitiativen und verfügen nicht - wie beispielsweise konfessionell gebundene Schulen - über einen finanzstarken Träger im Hintergrund. Der Trägerverein einer Waldorfschule umfasst in der Regel einen Teil der Elternschaft. Konkret heißt das: Jede Kürzung der finanziellen Zuschüsse muss unmittelbar an die Eltern weitergegeben werden. Durch höhere Elternbeiträge würden vor allem Kinder aus finanzschwachen Familien benachteiligt. „Es darf angezweifelt werden, dass dies mit dem Ethos der SPD vereinbar ist“, so die Eltern. **Landesspiegel**

Wie sie sich zu präzisieren...

Kinder im Nachteil

■ Von Hartmut Kaczmarek

Wieviel sind dem Land die Freien Schulen wert? Ihre pädagogische Arbeit ist unstrittig, in vielen Dingen treiben sie das staatliche Schulsystem förmlich vor sich her. Der Run auf die Freien Schulen kommt ja nicht von ungefähr. Die Unzufriedenheit vieler Eltern mit den infrastrukturellen, mit den personellen und dadurch bedingt auch mit den pädagogischen Defiziten sind an vielen Standorten förmlich zu greifen. Und dann gibt es Landräte und Oberbürgermeister, die alle Bemühungen um neue Wege in der Pädagogik und die Schaffung entsprechender

Voraussetzungen nur mit einem Argument kontern: Kein Geld.

Das staatliche Schulsystem büßt immer mehr an Konkurrenzfähigkeit ein, wenn diese Amtsträger in Landratsämtern und Rathäusern nicht endlich umdenken und den Appell von Bildungsstaatssekretär Roland Merten in der gestrigen TLZ ernst nehmen: Eine gute Schullandschaft ist die beste Infrastrukturpolitik.

Stattdessen beschneidet das Land die Freien Schulen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten. Die Elternbeiträge müssen erhöht werden, soziale Auslese wird so forciert. Auf der Strecke bleiben die Kinder.

TLZ 10.11.10

„Eltern an der Grenze der Belastbarkeit“

TLZ 10.11.10

Freie Waldorfschule appelliert an Matschie: Kürzungen zurücknehmen

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt. Die Worte der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht klingen den Eltern der Weimarer Waldorfschule noch im Ohr. Die Regierungschefin hatte die Einrichtung - die älteste Waldorfschule in Thüringen - anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens als Teil der in Thüringen verwurzelten Reformpädagogik gelobt. Außerdem hob sie den Anthroposophen Rudolf Steiner als einen der ersten Pädagogen hervor, der das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit im Bildungswesen verwirklicht habe. „Diese Anstrengungen werden von einer Förderpolitik, die sogar die bestehenden Gesetze ignoriert, konterkariert“, empören sich die Eltern jetzt, wenige Wochen später, in einem offenen Brief an Bildungsminister Christoph Matschie (SPD). Sie empören sich über die beabsichtigten Kürzungen bei den Zuwendungen an freie Schulen

in Thüringen, die vor allem diejenigen Schulen treffen würde, bei denen kein finanzstarker Träger im Hintergrund steht. Und das ist bei den Waldorfschulen der Fall. Denn deren Gründung basiert meist auf Elterninitiativen. Und Eltern sind auch in der Regel die Mitglieder im Trägerverein. Da sie über kein finanzielles Polster verfügen, mit dem sie die Landeskürzungen abfedern können, müssten sie die Eltern in vollem Umfang zur Kasse bitten.

■ Verheerende Konsequenzen

Und das hätte verheerende Konsequenzen, schildern die Eltern der Weimarer Waldorfschule in einem offenen Brief an Bildungsminister Christoph Matschie. Nicht nur, dass sich Eltern von jetzigen Waldorfschülern überlegen müssten, ob sie sich die höheren Beiträge überhaupt noch

leisten könnten. „Durch die Kürzungen werden die Waldorfschulleitungen gezwungen, in Zukunft auf das Einkommensniveau der Eltern von Schulanfängern oder Schulwechslern zu achten. Dies würde jedoch einen Verstoß gegen das Sonderungsverbot bedeuten. Damit würden sich die Waldorfschulen - sofern das Gesetz tatsächlich Wirklichkeit wird - gegen ihren Willen weg von Ersatzschulen, die jedermann offenstehen, hin zu Eliteschulen entwickeln.“ Die Konsequenz: „Die Waldorfschulen würden damit ihre Genehmigungsfähigkeit verlieren.“ Das würde die Schulen in ihrer Existenz bedrohen.

Die Eltern weisen darauf hin, dass gerade die Waldorfschulen beispielgebend für Veränderungen auch im staatlichen Schulsystem gewesen seien. Genannt wird die Übernahme von Fremdsprachenunterricht an Grundschulen oder der Klassenverbund bis

zur achten Klasse, der jetzt von den neuen Gemeinschaftsschulen praktiziert werde.

Die Belastung der Eltern sei schon heute groß, heißt es weiter: „Bereits heute zahlen Waldorfereltern, die mehr als ein Kind diese Schule besuchen lassen, monatlich zehn Prozent, also jährlich mehr als ein Monatsgehalt, zur Finanzierung der Lücken, die durch die staatliche Förderung nicht geschlossen werden. Dieser Beitrag der Elternschaft ist nicht mehr steigerungsfähig.“ Für Westdeutschland habe man einen Betrag von 70 Euro als angemessen errechnet. „Um dieses Ziel an der Freien Waldorfschule in Weimar zu erreichen, müsste die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft erhöht werden, denn bereits heute liegt der durchschnittliche monatliche Elternbeitrag pro Schüler über diesem Grenzwert“, so die Eltern.